

## ***Autoritäre Regime in Asien: Allgemeine Trends und jüngere Entwicklungen***

Patrick Köllner

Das pazifische Asien beheimatete 2007 neben der „autoritären Großmacht“ China noch neun weitere autoritäre Regime. Neben einer Monarchie und zwei Militärregimen waren darunter verschiedene Arten von zivilen Regimen, in denen mehr oder minder stark beschränkte Wahlen stattfinden. Demokratische Machtwechsel infolge weitgehend friedlicher und fairer Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen fanden 2007/2008 in den bis dato autoritär geprägten Ländern Bhutan und Pakistan sowie zuletzt auch auf den Malediven statt und nähren die Hoffnung auf eine nachhaltige politische Liberalisierung in diesen Ländern.

### **Analyse:**

Seit einer Reihe von demokratischen Übergängen, die in vergleichsweise kurzer Zeit bis Anfang der 1990er Jahre erfolgten, bilden freiheitlich verfasste Staaten die größte Gruppe asiatisch-pazifischer Länder. Doch die sogenannte dritte Welle der Demokratisierung hat in der Region keineswegs zu einem Aussterben autoritärer Regime geführt. Auch ist der Anteil von „Hybridregimen“ in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie in den letzten rund 15 Jahren in Asien-Pazifik unverändert hoch geblieben.

- Freedom House bewertet mit Blick auf das Jahr 2007 16 der insgesamt 39 Nationalstaaten und Territorien in Asien-Pazifik als frei. Ein Drittel aller Länder in der Region galt als teilweise frei, zehn Länder wurden als nicht frei eingestuft. Im zwischenregionalen Vergleich wiesen 2007 nur der Nahe Osten und das subsaharische Afrika höhere Anteile nicht freier Länder auf als Asien-Pazifik.
- Auch in Asien-Pazifik bildeten 2007 „elektorale Regime“, in denen beschränkte Wahlen stattfinden, die größte Gruppe unter den autoritären Regimen. Darunter waren allerdings mit Vietnam, Laos, Nordkorea und der Volksrepublik China vier Einparteieregime, die keine Oppositionsparteien dulden.
- Zwischen Ende 2007 und Ende 2008 fanden indes in drei bislang autoritären Regimen in der Region relativ freie Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen statt, welche zu demokratischen Machtwechseln führten.

*Schlagwörter: Asien-Pazifik, politische Regime, autoritäre Regime, Wahlen*

## 1. Entwicklung politischer Regime in Asien-Pazifik seit 1945

Samuel Huntington beschreibt in seinem bekannten Buch „The Third Wave“ drei große Wellen der Demokratisierung: die erste, „lange“ Welle fand ihren Höhepunkt kurz nach 1900 und erfasste vor allem Teile der „westlichen“ Welt sowie Südamerikas.<sup>1</sup> Außerhalb dieser Regionen erlebte einzig Japan im Rahmen der sogenannten Taishō-Demokratie (ca. 1905-1932) eine vergleichsweise liberale politische Ära. Größere geographische Reichweite wies die zweite Welle der Demokratisierung auf, die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte. In Asien-Pazifik (einschließlich Ozeaniens) waren 1945 gerade einmal sieben Nationen souverän – große Teile der Region, etwa Indien (und damit auch Pakistan/Bangladesch), Indonesien oder die Philippinen, befanden sich noch unter Kolonialherrschaft. Demokratisch verfasst waren von diesen sieben Staaten zwei: Australien und Neuseeland, beides Siedlerstaaten mit weißer Bevölkerungsmehrheit, die schrittweise Autonomie von der britischen Krone erlangt hatten. Mit der beginnenden Dekolonisierung gewannen viele neue Staaten die Unabhängigkeit – es bildeten sich dabei auch viele neue Demokratien. Mit Auflösung der britischen Besitzungen in Asien entstanden Indien (1947), Pakistan (1947), Sri Lanka (1948) und Burma (1948), wovon aber nur Indien dauerhaft (mit einer 18-monatigen Unterbrechung 1975-77) sowie Sri Lanka eine ganze Weile demokratische Verhältnisse erhalten konnten. Japan gab sich 1947 eine neue demokratische Verfassung und auch das vormals niederländische Indonesien erlebte eine kurze Phase der Demokratie. Ähnliches gilt für die Philippinen, die nach ihrer Unabhängigkeit 1946 zunächst demokratisch regiert wurden, ab 1965 unter Marcos aber wieder in den Autoritarismus abdrifteten.

Umfassende international vergleichende Einschätzungen politischer Freiheit existieren seit Anfang der 1970er Jahre und umfassen damit auch die „dritte Welle“ der Demokratisierung, die ihren Ausgang 1975 in den politischen Transformationen auf der iberischen Halbinsel und in Griechenland nahm. Seit 1972 liefert die Organisation Freedom House durchgängig Einschätzungen zur Gewährung politischer und bürgerlicher Rech-

te weltweit. In Asien-Pazifik wurden 1972 von Freedom House nur neun der 29 damals erfassten Länder als „frei“ eingestuft, jeweils zehn Länder und Territorien in der Region wurden demgegenüber als nur „teilweise frei“ oder aber als „unfrei“ bewertet.<sup>2</sup> In den folgenden 15 Jahren bis 1987 ging – bei wachsender Zahl erfasster Länder – die Zahl nicht freier Länder in Asien-Pazifik auf acht zurück und erreichte damit ihren historischen Tiefsstand. Gleichzeitig blieb die Zahl freier Länder mit zehn Ländern in etwa konstant, während die Zahl nur teilweise freier Länder auf 17 anwuchs und damit 1987 fast die Hälfte aller Länder in der Region umfasste (vgl. Tabelle 1).

**Tabelle 1: Einschätzungen politischer Regime in Asien-Pazifik 1972-2007 nach Freedom House**

	Frei	Teilweise frei	Nicht frei
1972 (N = 29)	9 (31,0%)	10 (34,5%)	10 (34,5%)
1977 (N = 32)	9 (28,0%)	13 (41,0%)	10 (31,0%)
1982 (N = 35)	10 (28,5%)	15 (43,0%)	10 (28,5%)
1987 (N = 35)	10 (28,5%)	17 (48,5%)	8 (23,0%)
1992 (N = 37)	16 (43,0%)	11 (30,0%)	10 (27,0%)
1997 (N = 38)	16 (42,0%)	11 (29,0%)	11 (29,0%)
2002 (N = 39)	18 (46,0%)	10 (26,0%)	11 (28,0%)
2007 (N = 39)	16 (41,0%)	13 (33,0%)	10 (26,0%)

Anmerkung: Angaben in Klammern geben Anzahl der erfassten Länder im betreffenden Jahr bzw. Anteil an der Grundgesamtheit der erfassten Staaten und Territorien wieder.

Quelle: Freedom House 2008.

Vor allem die Übergänge zur Demokratie in einigen asiatisch-pazifischen Staaten, die zwischen Mitte der 1980er und Anfang der 1990er Jahre erfolgten (Philippinen 1986, Südkorea und Taiwan 1987, Mongolei 1990, Thailand 1992), sorgten dafür, dass 1992 als frei eingestufte Länder die größte Gruppe (16 Länder, 42%) in der Region bildeten. Jeweils gut ein Viertel aller Länder in Asien-Pazifik wurden zu diesem Zeitpunkt von Freedom House als nicht oder nur teilweise frei bewertet. Seither hat sich – zumindest rein numerisch betrachtet – kaum noch etwas an den Kräfteverhältnissen zwischen autokratisch, demokratisch verfassten und „hybriden“ Regimen in der Region verändert. Auch mit Blick auf das Jahr 2007, als insgesamt 39 Nationalstaaten und Territorien von

<sup>1</sup> Der Verfasser dankt Jenni Werner und insbesondere Harm H. Söhl für ihre Mitarbeit an diesem Abschnitt.

<sup>2</sup> Die Zahl der jeweils von Freedom House erfassten Länder entspricht im Großen und Großen der Anzahl tatsächlich existierender Länder. Es gibt jedoch Ausnahmen, wie z.B. in Bezug auf das Jahr 1972, als die im Krieg befindlichen Staaten Nord- und Südvietnam nicht bewertet wurden.

Freedom House untersucht wurden,<sup>3</sup> bildeten die 16 als frei eingestuften Länder die größte Gruppe (41%), während nur teilweise freie Länder (13, 33%) und nicht freie Länder (10, 26%) weiterhin von substanzieller Bedeutung sind. Im zwischenregionalen Vergleich wiesen 2007 nur der Nahe Osten und das subsaharische Afrika höhere Anteile nicht freier Länder auf (61 und 29%) als Asien-Pazifik (vgl. Freedom House 2008).

Der summarische Überblick darf nicht wesentliche länderbezogene Entwicklungen in der Region verdecken. Erwähnt werden sollten etwa die demokratische Transition des bevölkerungsreichen und mehrheitlich muslimischen Indonesiens nach dem Sturz Suhartos 1998<sup>4</sup> sowie die anhaltende demokratische Konsolidierung Südkoreas und Taiwans sowohl in institutioneller als auch einstellungsbezogener Hinsicht (vgl. Chang et al. 2007), andererseits aber auch die schrittweise demokratische Regression in den Philippinen seit der extrakonstitutionellen Machtübernahme durch die damalige Vizepräsidentin Macapagal-Arroyo (vgl. Loewen 2007) sowie in Thailand nach dem Staatsstreich des Militärs 2006 (vgl. Croissant 2008; Rodić 2008). In den Philippinen und in Thailand ist – genauso wie in der Mongolei – die Unterstützung für konkrete demokratische Prinzipien und Prozesse in jüngerer Zeit deutlich zurückgegangen.<sup>5</sup>

Während die Demokratie in Asien-Pazifik im Gefolge der „dritten Welle“ zweifelsohne substanzielle Fortschritte gemacht hat, ist ebenso unübersehbar, dass das entsprechende Momentum seit Anfang der 1990er Jahre abgeebbt ist: Auch heute noch bilden nur teilweise und nicht freie Länder zusammengekommen die Mehrheit in der Region; Demokratie ist keineswegs die Norm in Asien-Pazifik. Klar undemokratische Verhältnisse weisen zehn Staaten in der Re-

gion auf, darunter die bevölkerungsreiche und wirtschaftlich erfolgreiche VR China, das (post)totalitäre Nordkorea als am längsten ununterbrochen bestehende Diktatur sowie Myanmar (Burma) als wohl langlebigstes Militärregime weltweit. Die Formen autoritärer Herrschaft im Asien-Pazifik der Gegenwart sowie einige jüngere Entwicklungen werden im folgenden Abschnitt näher betrachtet.

## 2. Autoritäre Regime im heutigen Asien-Pazifik

Autoritäre Regime lassen sich auf unterschiedliche Weise differenzieren (vgl. Köllner 2008). Wir folgen hier der von Hadenius und Teorell (2007) vorgeschlagenen Typologie, die autoritäre Regime wie folgt idealtypisch unterteilen: (1) Monarchien, in denen die Herrschaft gemäß Verfassung oder Gewohnheitsrecht vererbt wird, (2) Militärregime, die sich dadurch auszeichnen, dass die reale politische Macht bei Militärs liegt, die sich auf tatsächliche oder angedrohte Gewaltanwendung stützen und (3) sogenannte elektorale Regime, in denen zwar Wahlen stattfinden, die aber weder frei noch fair sind. Der letztgenannte Grundtyp, elektorale Regime, lässt sich weiter aufteilen in a) Ohne-Partei-Regime, in denen alle Parteien verboten sind (zur Wahl stehen nur Personen), b) Einparteieregime, in denen nur eine Partei zugelassen ist oder aber alle anderen Parteien dieser einen Partei untergeordnet sind (Blockparteien), und schlussendlich c) eingeschränkte Mehrparteienregime, in denen zwar mehrere Parteien zugelassen sind, die Oppositionsparteien aber zahlreichen Behinderungen ausgesetzt sind.

Auf die zehn Länder und Territorien in Asien-Pazifik angewandt, die für 2007 von Freedom House als „nicht frei“ eingeschätzt wurden, ergibt sich folgendes grobkörniges Bild: Unter den autoritären Regimen fanden sich zwei Militärregime (Myanmar und Pakistan), sieben elektorale Regime, darunter vier Einparteieregime (VR China, Nordkorea, Laos, Vietnam), zwei eingeschränkte Mehrparteienregime (Kambodscha, Malediven) und ein Ohne-Partei-Regime (Bhutan) sowie schließlich mit Brunei eine Monarchie.<sup>6</sup> In umgekehrter Reihenfolge diskutiert, lässt sich festhalten, dass in **Brunei Darussalam** Sultan Haji Hassanal Bolkiah im Oktober 2008 bereits den

<sup>3</sup> Dies waren Afghanistan, Australien, Bangladesch, Bhutan, Brunei, Burma, die VR China, die Fidschi-Inseln, Indien, Indonesien, Japan, Kambodscha, Kiribati, Laos, Malaysia, die Malediven, die Marshall-Inseln, Mikronesien, Mongolei, Nauru, Nepal, Neuseeland, Nordkorea, Pakistan, Palau, Papua-Neuguinea, die Philippinen, Samoa, die Salomonen, Singapur, Sri Lanka, Südkorea, Taiwan, Thailand, Timor-Leste, Tonga, Tuvalu, Vanuatu und Vietnam.

<sup>4</sup> Einen Überblick über zentrale Aspekte der politischen Entwicklung Indonesiens nach 1998 bietet der jüngst von Bünthe und Ufen (2008) herausgegebene Band. Für einen kurzen Überblick der Veränderungen des politischen Systems Indonesiens in den letzten zehn Jahren siehe Ziegenhain (2008).

<sup>5</sup> Chang et al. (2007: 73) kommen auf Basis repräsentativer Umfragen 2005 und 2006 zu folgendem Ergebnis: „Thailand, Mongolia, and the Philippines each have a large number of equivocal and confused citizens whose inconsistent political orientations burden their democracies with a fragile foundation of legitimacy. In Taiwan and South Korea, authoritarianism has gradually lost its appeal, but democracy has not yet lived up to their citizens' high expectations“.

<sup>6</sup> Bei einer rein dichotomischen Sichtweise politischer Regime (die hier allerdings nicht zum Tragen kommt) – also entweder Demokratie oder Autokratie – müssten 2007 zumindest auch Malaysia und Singapur sowie Thailand bis zur Parlamentswahl Ende des Jahres zu den autoritären Regimen in der Region gezählt werden.

41. Jahrestag seiner Thronbesteigung begehen konnte. Der Sultan, dem ein von ihm direkt ernannter (und selten aktiver) Legislativrat zur Seite steht, ist gleichzeitig Staatschef des Kleinstaates im Norden Borneos, dessen immenser Wohlstand im Wesentlichen auf Ressourceneinkünften (Rohöl und Flüssigerdgas) fußt. Für eine Fortsetzung der weitgehend unumstrittenen Monarchie ist gesorgt, zumal im März 2007 der Kronprinz die Geburt eines Sohnes feiern konnte. Im dünn besiedelten südasiatischen Königreich **Bhutan** wurden demgegenüber 2007 wichtige Demokratisierungsschritte eingeleitet; das bis dato aus lokal gewählten Volksvertretern, vom König nominierten Personen sowie Vertretern von Mönchsorden zusammengesetzte Legislativgremium wurde Mitte des Jahres aufgelöst und der König selbst ernaumte allgemeine Wahlen für ein neues Unterhaus (durchgeführt im März 2008) sowie für ein ebenfalls neu gebildetes Oberhaus (durchgeführt im Dezember 2007 und im Januar 2008) an.

Wahlen fanden 2008 auch in **Kambodscha** statt, wo die herrschende Partei ihre dominante Stellung noch ausbauen konnte: Die Kambodschanische Volkspartei des seit 23 Jahren regierenden Premierministers Hun Sen triumphierte im Juli erneut und weist im neuen Parlament nunmehr über 70% der Sitze auf (vgl. Görge 2008). In der Republik **Malediven**, dem mit rund 300.000 Einwohnern bevölkerungsschwächsten Staat in Asien-Pazifik, dominiert bislang mit der Maledivischen Volkspartei ebenfalls eine Partei, die allerdings – wie auch die übrigen politischen Parteien des Landes – erst Mitte 2005 gegründet wurde. Aus der ersten freien Präsidentschaftswahl auf den Malediven ging jedoch Ende Oktober 2008 der Vorsitzende der oppositionellen Maledivischen Demokratischen Partei, Mohamed Nasheed, als Sieger hervor. Inwieweit die Abwahl des seit 1978 regierenden Präsidenten Maumoon Abdul Gayoom zu umfassenden demokratischen Reformen führen wird, darf mit Spannung abgewartet werden.

In den Einparteiregimen von Laos, Vietnam, der VR China und Nordkorea lassen sich keine Anzeichen einer demokratischen Öffnung erkennen. In **Laos** wurde 1975 die 650 Jahre alte Monarchie abgeschafft und durch ein kommunistisches Regime unter Führung der Laotischen Revolutionären Volkspartei (LRV) ersetzt. Die umfassenden sozialrevolutionären Ansprüche der LRV blieben allerdings in den vergangenen gut drei Jahrzehnten auf der Strecke. Martin Stuart-Fox (2008: 40) kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, dass die LRV „zu einem Vehikel zur Förderung der Interessen einer zunehmend kor-

rupten politischen Hierarchie geworden ist; einem reinen Rahmen, innerhalb dessen mächtige Personen ihre miteinander konkurrierenden Patronagenetzwerke aufbauen“ (Übersetzung P.K.).

In **Vietnam**<sup>7</sup> haben auch mehr als 20 Jahre nach der Einleitung von Reformprozessen (*doi moi*) keine grundlegenden Reformen des politischen Systems stattgefunden – dieses ist nach wie vor von marxistisch-leninistischen Grundsätzen geprägt. Die allein herrschende Kommunistische Partei Vietnams (KPV) hat ihren Führungsanspruch in der Verfassung von 1992 festgeschrieben. Auf allen Ebenen des politisch-administrativen Systems existieren als Parallelstruktur Parteikomitees, die auf entsprechende Entscheidungen und deren Durchführung Einfluss nehmen. Zentrale demokratische Rechte wie das Versammlungsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung sind zwar in der Verfassung garantiert, sie werden aber durch entsprechende Zusätze eingeschränkt. Je nach politischer Großwetterlage und nach Brisanz des politischen Themas gelten enge bzw. weite Grenzen für grundlegende Bürger- und Menschenrechte. Nach einer Phase der inneren Entspannung (2005/2006) und dem WTO-Beitritt (Januar 2007) sind inzwischen wieder drakonische exemplarische Bestrafungen für öffentlichkeitswirksam vorgetragene abweichende Meinungen an der Tagesordnung. Jüngste Opfer solcher Maßnahmen sind bei den staatlichen Medien beschäftigte Journalisten. Deren investigative Reportagen über die epidemische Korruption wurden gestoppt, einzelne Journalisten exemplarisch bestraft, Vorgesetzte und prominente Zeitungsmacher von ihrer Funktion entbunden. In inszenierten öffentlichen Kampagnen wurden zudem die Katholische Kirche und die Kirche der Redemptoristen wegen angeblich ungerechtfertigter Restitutionsansprüche und unpatriotischer Äußerungen hoher kirchlicher Würdenträger an den Pranger gestellt.

Die **Volksrepublik China** ist schon angesichts ihrer geografischen Ausdehnung sowie der Bevölkerungsgröße (rund 1,3 Mrd. Einwohner) das bedeutendste autoritäre Regime nicht nur in Asien-Pazifik, sondern weltweit. Das geostrategische Gewicht der VR ist angesichts des Zusammenbruchs der Sowjetunion, der anhaltenden dynamischen Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und der damit verbundenen Ausstrahlung auf andere Länder in den letzten Jahren weiter gewachsen. Entsprechend entzündeten sich an der VR China sowohl große Erwartungen

<sup>7</sup> Für die Ausführungen zu Vietnam danke ich meinen Kollegen Jörg Wischermann.

als auch Befürchtungen. Weiterhin existiert die modernisierungstheoretisch inspirierte Idee, dass der sozioökonomische Wandel in China auch über kurz oder lang der politischen Liberalisierung den Weg ebnet wird. Ein verwandtes Argument betont, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die im wohlverstandenen Interesse der politischen Führung liegt, diese zur Gewährung größerer politischer Freiheiten zwingen wird, um den nötigen Spielraum für eine wissensbasierte Vertiefung der Wirtschaftsstrukturen zu schaffen.

Bei derartigen Ideen könnte es sich allerdings lediglich um Wunschvorstellungen handeln. Bisher deutet jedenfalls nur wenig auf eine entsprechende Liberalisierung hin; am Machtmonopol der Kommunistischen Partei Chinas (KP) darf nicht gerüttelt werden. Zwar findet auch in der herrschenden Partei seit einiger Zeit eine intensive Diskussion darüber statt, wie der Herrschaftsanspruch der Partei legitimato- risch zu vertreten sei, doch zielen aktuelle politische Strukturreformen, die auch mit dem Stichwort innerparteilicher Demokratie einhergehen, vor allem auf eine Steigerung der Effizienz und damit eine Konsolidierung autoritärer Einparteierrschaft ab. So warnt denn auch Heike Holbig (2007: 7) vor voreiligem Optimismus; sie sieht die Führungsspitze der Partei vielmehr „bemüht, einen eigenen Bezugsrahmen für die Bildung politischer Werte und nationalstaatlicher Identität zu schaffen, der eine Alternative zum normativen Gravitationszentrum westlicher Demokratie darstellt“.

Chinas nordöstliches Nachbarland, die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) oder kurz **Nordkorea**, stellt in einiger Hinsicht einen Extremfall autoritärer Herrschaft nicht nur in Asien, sondern weltweit dar. Bereits der Grad der Abgeschlossenheit des Landes sucht seinesgleichen. Seit der Staatsgründung 1948 hat die Bevölkerung des Landes mit Kim Il Sung und dessen Sohn Kim Jong Il nur zwei mächtige Führungspersonen erlebt. Es gibt keine demokratischen Erfahrungen auf nationaler Ebene, an die im Fall einer späteren Systemtransformation angeknüpft werden könnte. Trotz der Kontinuitäten auf der höchsten Führungsebene sind signifikante Veränderungen des politischen und wirtschaftlichen Systems zu beobachten: Das bis in die 1990er Jahre bestehende Informationsmonopol des Staates ist zumindest an den Rändern erodiert und die Zulassung von Marktaktivitäten, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Hungerkatastrophe in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zwingend nötig wurde, hat dazu geführt, dass auch das Wirtschafts-

monopol des Staates gefallen ist. Obwohl Nordkorea immer noch das im weltweiten Vergleich totalitärste Regime aufweist, existiert dieses Regime nicht mehr in Reinform; das Regime in Nordkorea ist heute ein posttotalitäres, was zumindest die Chancen auf einen Systemwechsel ohne vorangegangene kriegerische Handlungen erhöht.

Allerdings muss man sich davor hüten anzunehmen, dass direkte lineare Verbindungen zwischen einem Niedergang der Wirtschaft des Landes, einem Ende des herrschenden „Kim-Familien-Regimes“ und einem Ende der DVRK als selbständigem Staat bestünden. Nicht zuletzt dank einer erfolgreichen militanten Betteldiplomatie samt nuklearer Erpressung hat Nordkorea es in den letzten Jahren verstanden, im Angesicht von wirtschaftlicher Implosion und Hungersnöten das Überleben sowohl des Staates als auch des Regimes mit auswärtiger Unterstützung zu sichern. Ein Ableben von Kim Jong Il ohne eine vorherige klare Nachfolge- regelung inner- oder außerhalb des eigenen Familien- Clans muss nicht bereits die DVRK als Staat in Gefahr bringen. Obgleich Pjöngjang international über keine echten Freunde verfügt, hat doch de facto kein Staat in der Region Interesse an einem Zusammenbruch des Landes mit allen seinen möglichen destabilisierenden Konsequenzen. Nordkorea kann daher auf – wenn auch teilweise widerwillige – Unterstützung vor allem von Seiten der VR China und Südkoreas setzen. Diese externe materielle Unterstützung trägt zur Kompen- sation der beobachtbaren Erosion der internen ideo- logischen Legitimationsbasis des Regimes bei (siehe dazu Gerschewski/Köllner 2008).

Unterschiedliche Entwicklungen weisen in jün- gerer Zeit die Militärregime in Myanmar und Pakis- tan auf. In **Myanmar** ist kein Abgehen der Militär- junta von der bisherigen harten Linie zu beobachten. Im Gegenteil: Im September 2007 schlug das Regime soziale Proteste, an deren Spitze sich Mönche gesetzt hatten, mit Gewalt nieder.<sup>8</sup> Der verheerende Wirbel- sturm Nargis, der das Land Ende April/Anfang Mai 2008 verwüstete und selbst nach offiziellen Angaben mindestens 78.000 Menschenleben kostete, sowie die nachfolgende internationale Diskussion über die Not-wendigkeit einer „humanitären Intervention“, haben die Belagerungsmentalität der herrschenden Militärs noch intensiviert. Das Militär sieht sich weiterhin als einzige Kraft im Lande, welche die nationale Einheit in dem Vielvölkerstaat garantieren kann.

<sup>8</sup> Im November 2008 wurden 14 vermeintliche Rädelsführer der Proteste zu jeweils 65 (sic!) Jahren Haft verurteilt (Financial Times, 12.11.2008: 6).

Umstritten ist, inwieweit die von der Junta entworfene neue Verfassung des Landes, über die im Mai 2008 eine Volksabstimmung erfolgte und die nach der für 2010 geplanten Parlamentswahl in Kraft treten soll, einen Fortschritt gegenüber dem Status quo darstellt. Optimistische Kreise im Ausland argumentieren, dass in der Verfassung zumindest erstmals zahlreiche Rechte kodifiziert werden und sehen die geplanten Parlamentswahlen als Chance für die politische Partizipation und Repräsentation oppositioneller und bisher marginalisierter Gruppen. Demgegenüber verweisen Kritiker auf die in der Verfassung festgeschriebene dominante Rolle des Militärs – mindestens ein Viertel der Parlamentssitze ist diesem sicher (künftige Verfassungsänderungen setzen jedoch eine Drei-Viertel-Mehrheit voraus), der Staatspräsident muss einen militärischen Hintergrund aufweisen und in Ausnahmezuständen kann alle Macht dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte übertragen werden – und machen Zwang und Einschüchterung für die breite Zustimmung zur Verfassung im Referendum vom Frühjahr verantwortlich (vgl. Bünte 2008). Insbesondere angesichts der verhärteten Beziehungen der Militärjunta zur unter Hausarrest stehenden Oppositionsführerin Aung San Suu Syi, deren National League of Democracy die Parlamentswahl 1990 gewonnen hatte, erscheint ein paktierter Übergang zur Demokratie in Myanmar in weiter Ferne.

Anders als in Myanmar hat es in **Pakistan**, wo sich General Pervez Musharraf im Oktober 1999 an die Macht geputscht hatte, in den vergangenen Jahren wiederholt (beschränkte) Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gegeben. Auch war die Militärführung bereits in den 1990er Jahren nicht davor zurückgeschreckt, drei demokratisch gewählte Regierungen aus dem Amt zu drängen. Präsident Musharraf basierte seine Macht vor allem auf seine Stellung als Oberbefehlshaber des Militärs. Das Militär verfügt nicht nur über die Waffengewalt (wenn auch nicht das Waffenmonopol) im Land, sondern hat auch eine Schlüsselposition im 2004 geschaffenen Nationalen Sicherheitsrat inne und kontrolliert zudem substantielle wirtschaftliche Ressourcen. Solange jedoch die Herrschaftsdomänen des Militärs nicht in Frage gestellt wurden, konnten die politischen Parteien und die Medien des Landes unter Musharraf relativ frei agieren; Pakistan wurde daher gerne auch als „Kasernenhofdemokratie“ bezeichnet. Die Einordnung als autoritäres oder nicht freies Regime verdankte Pakistan 2007 vor allem der Suspendierung des Obersten Gerichtes, der konstitutionell fragwürdigen Wiederwahl Musharrafs zum Staatspräsidenten sowie

der Verhängung des Ausnahmezustandes nach der Ermordung der Oppositionsführerin Benazir Bhutto (vgl. Wagner 2008; Wagner/Wilke 2008a).

Der Sieg der Oppositionsparteien bei der für viele Beobachter überraschend fairen Parlamentswahl im Februar 2008, der Rücktritt des zunehmend in die Defensive geratenen Musharraf vom Amt des Staatspräsidenten im Oktober 2008 und die nachfolgende Wahl von Asif Ali Zardari, dem von Korruptionsverdacht umwitterten Witwer Benazir Bhuttos, zum neuen Staatspräsidenten haben einen demokratischen Machtwechsel in Pakistan in diesem Jahr ermöglicht. Ob die Demokratie stabilisiert werden kann, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Neben primär institutionellen Herausforderungen (Veränderung des Regierungssystems, Stärkung des Parlaments, Vergrößerung lokaler Autonomie) gilt es nicht nur, der anhaltenden Wirtschafts- und Energiekrise Herr zu werden, sondern, wichtiger noch, den islamistischen Extremisten zu begegnen, die mit ihren Terroranschlägen immer wieder das Land erschüttern (vgl. Wagner/Wilke 2008a, 2008b). Angesichts dieser Gemengelage gravierender Probleme sind die Aussichten für nachhaltige politische Liberalisierung in Pakistan nicht eben rosig.

### 3. Fazit

Ob das vielbeschworene „asiatisch-pazifische Jahrhundert“ zu einer Blüte der Demokratie in der Region führen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hat die politische Liberalisierung in Asien-Pazifik seit den frühen 1990er Jahren nur noch im beschränkten Maße Fortschritte gemacht und einige der Staaten, die wie Thailand und die Philippinen schon voreilig auf dem Weg demokratischer Konsolidierung gesehen wurden, haben in der jüngsten Zeit Rückschritte erlebt. Wenngleich demokratisch verfasste Länder seit den letzten anderthalb Jahrzehnten die größte Gruppe in der Region bilden, muss ebenfalls konstatiert werden, dass Hybrid- und autoritäre Regime zusammengenommen in Asien-Pazifik weiterhin in der Mehrheit sind. Ob die jüngsten freien Wahlen in Bhutan, Pakistan und auf den Malediven den Auftakt zu einem neuen Demokratisierungsschub in der Region bilden oder nur lokales Zwischenspiel mit unklarem Ausgang bleiben, darf mit Interesse verfolgt werden. Besonderes Augenmerk wird inner- und außerhalb Asien-Pazifiks auch in Zukunft dem autoritären „Schwergewicht“ in der Region, der VR China, zukommen, die angesichts ihrer bislang recht

erfolgreichen Verbindung von politischer Stabilität und wirtschaftlicher Dynamik als Modell (Stichwort: „Beijing Consensus“) auf andere Länder ausstrahlt. Die zukünftige Strahlkraft dieses Modells hängt nicht zuletzt davon ab, ob es dem Regime in Beijing nachhaltig gelingen wird, materiellen Wohlstand, soziale Inklusion und innere Ordnung zu gewährleisten.

Nun ist, wie die existierende Forschung zu diesem Thema zeigt, die langfristige Aufrechterhaltung autoritärer Herrschaft keineswegs einfach. Innerreligiöse Konflikte, Aufruhr oder massive wirtschaftliche Probleme können zum Einsturz autoritärer Regime führen. Autoritäre Regime in Asien-Pazifik und anderswo versuchen, ihre Herrschaft abzusichern. Sie stützen sich dabei – in unterschiedlicher Mischung und in unterschiedlichem Maße – auf Organe und Mechanismen der Kontrolle und Repression, mehr oder minder massenbasierte Parteien, die parlamentarische und/oder anderweitige Kooptation organisierter oppositioneller Akteure, Propaganda und Indoktrination, (aus Ressourceneinnahmen oder anderweitig finanzierte) Patronagenetzwerke und die Besetzung von Schlüsselpositionen mit Familien/Clanmitgliedern sowie die Verfügungsgewalt über Wirtschaftsmittel und Waffen. In der Regel sind autoritäre Regime zudem bemüht, ihre Herrschaft auch legitimatorisch abzusichern.

Schon angesichts der Vielfalt autoritärer Herrschaft(ssicherung) und der damit verbundenen unterschiedlich ausgestalteten Einwirkungsmöglichkeiten externer Akteure – so beschränkt diese auch im Einzelfall sein mögen – bleibt es notwendig, die spezifischen lokalen Konstellationen im Blick zu behalten, um angemessen mit derartigen Regimen und den politischen Akteuren in den betreffenden Ländern umgehen zu können. Eine in sich homogene Gruppe bilden die autoritären Regime in Asien-Pazifik jedenfalls nicht; entsprechend muss ihre Analyse differenziert ausfallen. Zu berücksichtigen sind dabei jeweils insbesondere die Stützen bzw. Quellen autoritärer Herrschaft, die Möglichkeiten und tatsächlichen Dynamiken innerstaatlicher Opposition sowie die Performanz der einzelnen Regime in zentralen Bereichen wie innere Ordnung und politische Stabilität, Wirtschaftswachstum und soziale Inklusion sowie externe Sicherheit und Konfliktprävention.

#### Literatur

Bünthe, Marco (2008): Myanmar: Autoritarismus im Wandel, GIGA Focus Asien, Nr. 7.  
Bünthe, Marco/ Andreas Ufen (Hrsg.) (2008): Democratization in Post-Suharto Indonesia. London: Routledge.

Chang, Yu-tzung/ Yu-han Chu/ Chong-Min Park (2007): „Authoritarian Nostalgia in Asia“, in: Journal of Democracy, Nr. 3, 18. Jg., S. 66-80.  
Croissant, Aurel (2008): „Soziale Gruppen, politische Kräfte und die Demokratie. Eine strukturorientierte Analyse demokratischer Transformation in Thailand“, in: Südostasien aktuell, Nr. 2, S. 3-40.  
Freedom House (2008): Freedom in the World 2008. Selected Data from Freedom House's Annual Global Survey of Political Rights and Civil Liberties. New York: Freedom House.  
Gerschewski, Johannes/ Patrick Köllner (2008): „Nordkorea und kein Ende? Zum Wandel innenpolitischer Legitimation und externer Stützung der DVRK“, in: Hanns W. Maull und Martin Wagener (Hrsg.) (i. E.): Prekäre Macht, fragiler Wohlstand? Globalisierung und Politik in Ostasien. Baden-Baden: Nomos.  
Görgen, Maraile (2008): „Die vierte Parlamentswahl in Kambodscha: frei und fair, aber weit entfernt von westlichen Standards“, in: Südostasien aktuell, Nr. 3, S. 99-114.  
Hadenius, Axel/ Jan Teorell (2007): „Pathways from Authoritarianism“, in: Journal of Democracy, Nr. 1, 18. Jg., S. 143-156.  
Holbig, Heike (2007): Sinisierung der Demokratie: Chinas Parteiführung setzt auf eigene Werte, GIGA Focus Asien, Nr. 12.  
Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime: keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung, GIGA Focus Global, Nr. 6.  
Loewen, Howard (2007): „Stabilitätsdefizite der philippinischen Demokratie unter Arroyo“, in: ASIEN, Nr. 102, S. 32-46.  
Rodić, Vesna (2008): Thailand in der Krise: Der Kampf um Macht, Geld und Demokratie, Kurzberichte Asien-Pazifik, Friedrich Ebert Stiftung, September.  
Stuart-Fox, Martin (2008): „The Persistence of Political Culture in Laos and Cambodia“, in: Südostasien aktuell, Nr. 3, S. 34-57.  
Wagner, Christian (2008): Die Perspektiven der Demokratie in Pakistan, SWP-Aktuell, Januar.  
Wagner, Christian/ Boris Wilke (2008a): Große Koalition in Pakistan, SWP-Aktuell, April.  
Wagner, Christian/ Boris Wilke (2008b): Pakistan nach Musharraf: Beginn der Ära Zardari, SWP-Aktuell, September.  
Ziegenhain, Patrick (2008): „Rundum erneuert und doch viele alte Probleme: Indonesien zehn Jahre nach dem Sturz Suhartos“, in: Südostasien aktuell, Nr. 3, S. 59-70.

## ■ Der Autor

PD Dr. Patrick Köllner ist amtierender Direktor des GIGA Instituts für Asien-Studien und leitet den GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 (Legitimität und Effizienz politischer Systeme).

Email: koellner@giga-hamburg.de

## ■ Gegenwärtige Forschung am GIGA zum Thema

Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 beschäftigt sich mit autoritären Regimen; Ende 2007 wurde zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Aktuelle individuelle asienbezogene Forschungsprojekte laufen derzeit zum Beitrag der Zivilgesellschaft zur *Governance* in Vietnam sowie zu den Legitimitätsdiskursen der Kommunistischen Partei Chinas.

## ■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bünthe, Marco (2008): Myanmar: Autoritarismus im Wandel, GIGA Focus Asien, Nr. 7.

Croissant, Aurel (2008): „Soziale Gruppen, politische Kräfte und die Demokratie. Eine strukturorientierte Analyse demokratischer Transformation in Thailand“, in: Südostasien aktuell, Nr. 2, S. 3-40.

Erdmann, Gero/ Christian von Soest (2008): Diktatur in Afrika, GIGA Focus Afrika, Nr. 7.

Fürtig, Henner (Hrsg.) (2007): *The Arab Authoritarian Regime between Reform and Persistence*. Newcastle: Cambridge Scholars Publishing.

Görgen, Maraile (2008): „Die vierte Parlamentswahl in Kambodscha: frei und fair, aber weit entfernt von westlichen Standards“, in: Südostasien aktuell, Nr. 3, S. 99-114.

Holbig, Heike (2007): Sinisierung der Demokratie: Chinas Parteiführung setzt auf eigene Werte, GIGA Focus Asien, Nr. 12.

Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime: keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung, GIGA Focus Global, Nr. 6.

Köllner, Patrick (2008): „Autoritäre Regime – Ein Überblick über die jüngere Literatur“, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Nr. 2, S. 351-366.

Mähler, Annegret (2008): Wie autoritär ist Lateinamerika?, GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 7.

Mattes, Hanspeter (2008): „We're in the Arab World, man. Forget democracy.“ Die schwierige Transformation autoritärer Regime in Nahost, GIGA Focus Nahost, Nr. 8.

Stuart-Fox, Martin (2008): „The Persistence of Political Culture in Laos and Cambodia“, in: Südostasien aktuell, Nr. 3, S. 34-57.

Ziegenhain, Patrick (2008): „Rundum erneuert und doch viele alte Probleme: Indonesien zehn Jahre nach dem Sturz Suhartos“, in: Südostasien aktuell, Nr. 3, S. 59-70.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Die Herausgeber können für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben, nicht haftbar gemacht werden; die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Download unter [www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus).

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: [giga-focus@giga-hamburg.de](mailto:giga-focus@giga-hamburg.de); GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**GIGA** Focus  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Asien-Studien